Den NachDenkSeiten wurde exklusiv ein internes Dokument der Bundesregierung zugespielt. Wir konnten das Papier verifizieren und uns ist auch die Identität des Whistleblowers bekannt. Das Dokument gibt einen erhellenden Einblick in das Ausmaß der horizontalen und vertikalen Strukturen der, man kann es nicht anders sagen, bundesdeutschen Staatspropaganda, insbesondere was die behördliche Einbindung von Medien (z.B. Spiegel und Stern), westlichen Social-Media-Konzernen, Bildungseinrichtungen und den sogenannten „Faktencheckern“ angeht. Selbst Grundschulkinder werden ins Visier genommen. Aus all dem ergibt sich der konzertierte Versuch einer Informations-Gleichschaltung durch die Bundesregierung. Von **Florian Warweg**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220929_Dokumenten_Leak_Wie_die_Bundesregierung_an_einer_Narrativ_Gleichschaltung_zum_Ukraine_Krieg_arbeitet_Teil_1_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Das Dokument trägt den Titel „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“, umfasst insgesamt 10 Seiten und listet minutiös mit Stand 27.06.2022 die entsprechenden Aktivitäten der Bundesministerien und untergeordneten Behörden auf. Und diese Aktivitäten haben es in ihrer Gesamtheit in sich. Die NachDenkSeiten werden sich in der Auswertung im ersten Teil auf die Ausführungen zur Rolle des BMI (Innenministeriums), des AA (Auswärtigen Amtes), des BPA (Bundespresseamtes) und der BKM (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) konzentrieren. Im zweiten Teil auf die Tätigkeiten des BMDV (Bundesministerium für Digitales und Verkehr) sowie des BMFSFJ (Bundesfamilienministerium) und des BMVg (Bundesverteidigungsministerium).

SPD-geführtes Innenministerium als zentrale Schaltstelle der staatlichen Propagandaaktivtäten

Den Anfang der Aufzählung macht das SPD-geführte Bundesinnenministerium (BMI) unter Nancy Faeser. So soll das BMI federführend und „ressortübergreifend“ die „Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen“ koordinieren. Geleitet wird dies von der „UAG RUS/UKR“ (UAG steht im ministeriellen Sprech für Unterarbeitsgruppen). In diesem Zusammenhang soll unter anderem alle zwei Wochen ein Lagebericht „Hybride Bedrohungen“ mit

Schwerpunkt Russland-Ukraine verfasst werden. Besonders ins Auge fällt aber der im Dokument aufgeführte sogenannte „10-Punkte-Resilienz-Plan“.

Der erste Punkt in diesem „Plan“ ist die konzertierte „Verlinkung zu Faktencheckern auf den Webseiten der Bundesregierung“. Private und hauptsächlich vom US-Milliardär und eBay-Gründer Pierre Omidyar finanzierte „Faktenchecker“ wie Correctiv oder beitragsfinanzierte wie der ARD-Faktenfinder sollen massiv durch die „Webseiten der Bundesregierung“ beworben werden. So viel zur postulierten „Staatsferne“ und „Unabhängigkeit“ der Faktenchecker.

Des Weiteren sollen Broschüren zu „Desinformation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine“ produziert und an Bundesministerien, Bundestagsabgeordnete, Länder und Kommunen verschickt werden. Ergänzt wird die Aufzählung mit dem Verweis: „Verteilung an Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft läuft.“

Besonders aufschlussreich ist auch der 5. Punkt im „Resilienz-Plan“, dieser widmet sich der Zusammenarbeit mit der Presse. Erwähnt wird beispielsweise ein „Spiegel-Hintergrundgespräch“ am 31.03. und die Vorbereitung von Namensartikeln und Interviews mit Innenministerin Faeser, explizit wird in diesem Zusammenhang auf STERN und Tagesspiegel verwiesen. Ebenso wird erwähnt, dass es gelungen sei, den Begriff „Task Force gegen Desinformation“ in der Berichterstattung zu etablieren. Unter (russischer) „Desinformation“ wird im Dokument pauschal alles verstanden, was einer Wiedergabe der offiziellen russischen Position entspricht. Und dies ausschließlich in Bezug auf die russische Seite. Weder offizielle ukrainische oder US-amerikanische Sichtweisen auf den Krieg in der Ukraine werden von der Bundesregierung in gleicher Weise per se als „Desinformation“ bewertet.

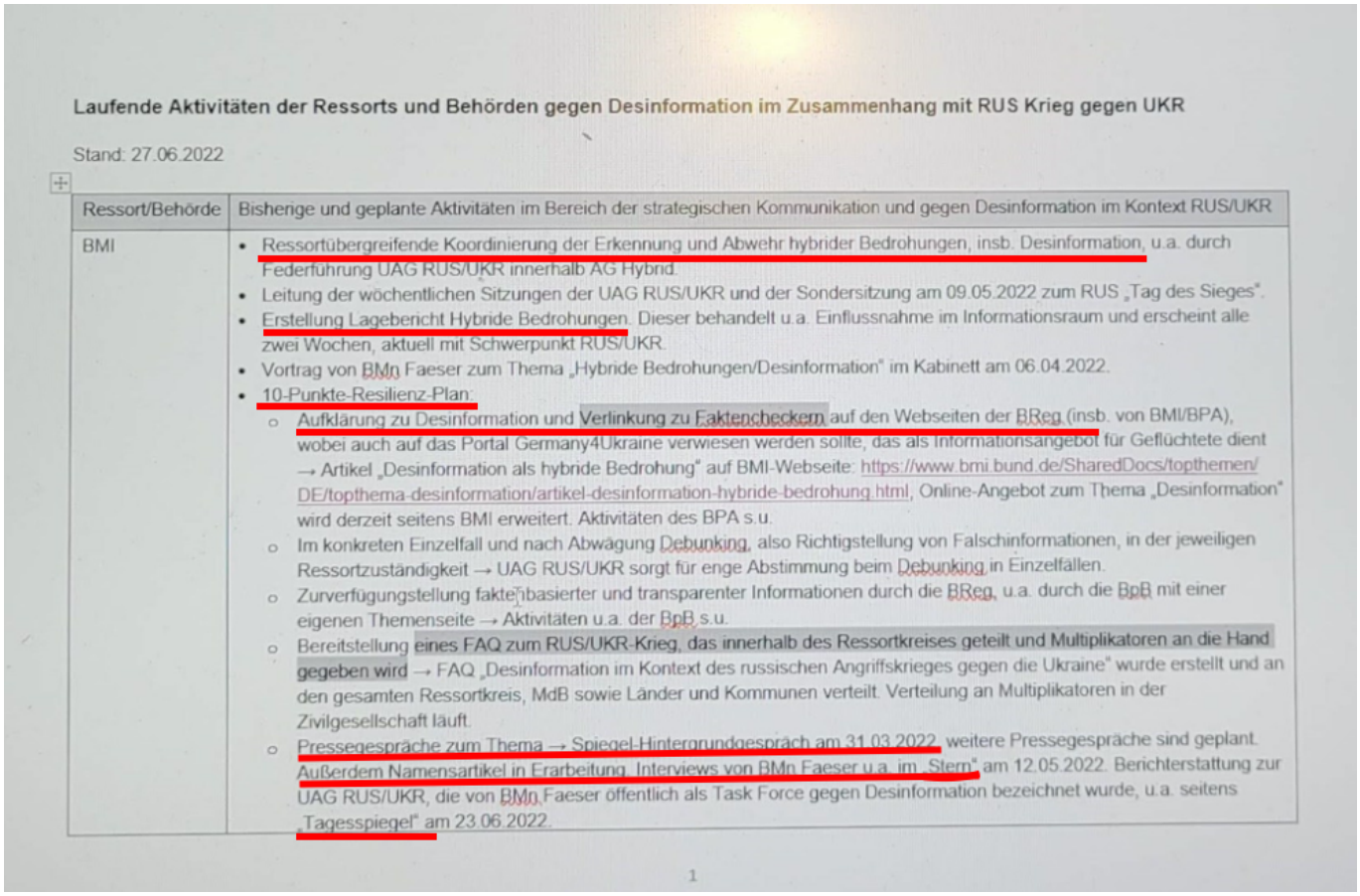
Ein weiterer aufgeführter Aspekt des Plans ist der „Outreach in den parlamentarischen Raum“, also die Einflussnahme auf Abgeordnete in Bundestag und Landesparlamenten. Kein unproblematisches Vorhaben, eingedenk einer eigentlich existierenden Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative.

Ebenso wird als zentraler Punkt im „Resilienz-Plan“ die „anlassbezogene“ Intensivierung der Kontakte und Gespräche mit den Plattformbetreibern sozialer Netzwerke genannt, „um diese für staatlich gesteuerte Desinformation zu sensibilisieren“. Explizit ist in dem Dokument von Twitter, Meta, Google und Telegram die Rede. Geführt werden sollen die Gespräche auf „Staatssekretär-Ebene“.

Nicht minder problematisch erscheint der Plan, Einfluss auf die „Curricula in den Schulen

sowie unter Einbindung der Volkshochschulen und ehrenamtlicher Strukturen“ zu nehmen.

Abschließend wird darauf verwiesen, dass die Arbeit an der Umsetzung des „Aktionsplans von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie“ begonnen habe.

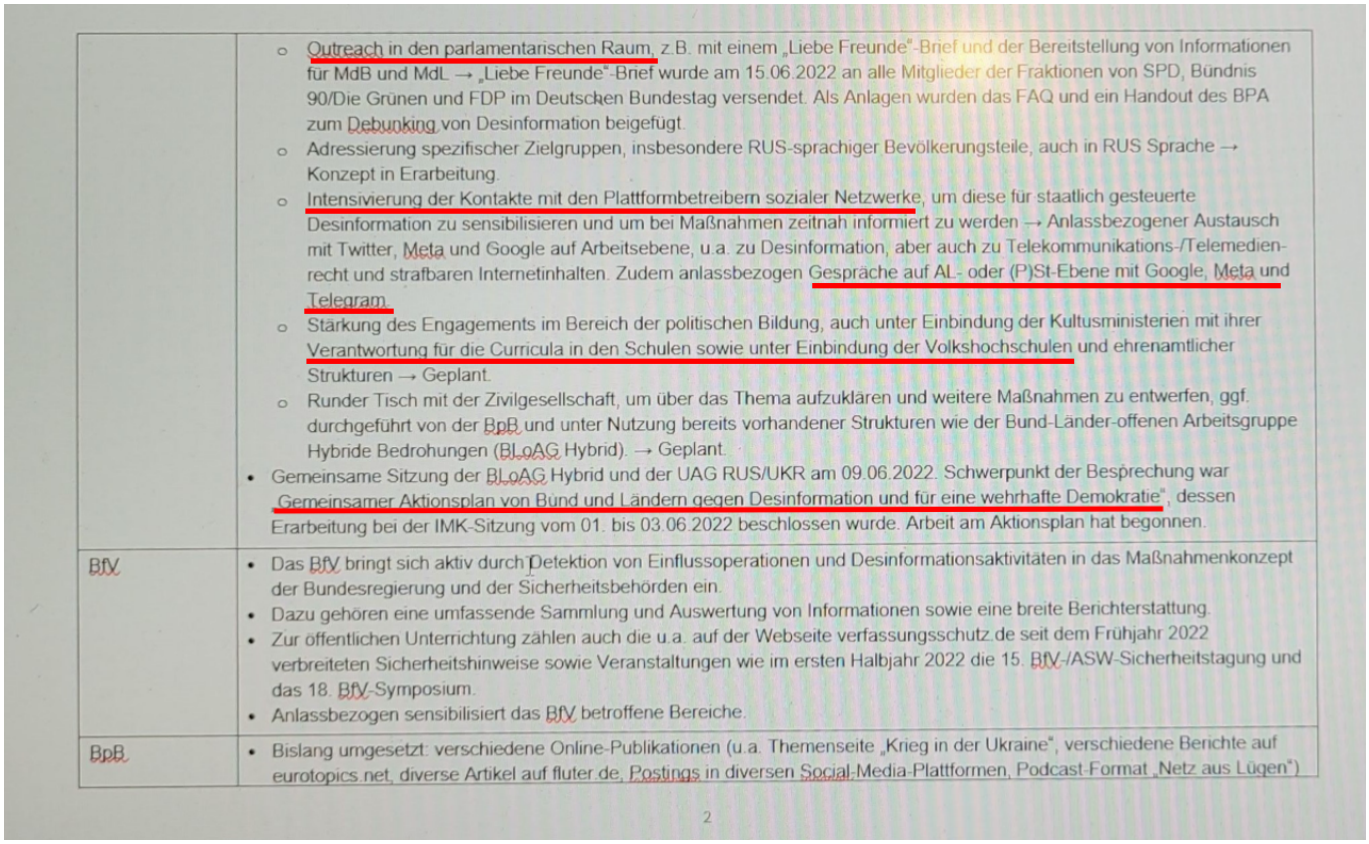


Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR

Stand: 27.06.2022

Ressort/Behörde	Bisherige und geplante Aktivitäten im Bereich der strategischen Kommunikation und gegen Desinformation im Kontext RUS/UKR
BMI	• Ressortübergreifende Koordinierung der Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen, insb. Desinformation, u.a. durch Federführung UAG RUS/UKR innerhalb AG Hybrid. • Leitung der wöchentlichen Sitzungen der UAG RUS/UKR und der Sondersitzung am 09.05.2022 zum RUS „Tag des Sieges“. • Erstellung Lagebericht Hybride Bedrohungen. Dieser behandelt u.a. Einflussnahme im Informationsraum und erscheint alle zwei Wochen, aktuell mit Schwerpunkt RUS/UKR. • Vortrag von BMn Faeser zum Thema „Hybride Bedrohungen/Desinformation“ im Kabinett am 06.04.2022. • 10-Punkte-Resilienz-Plan: o Aufklärung zu Desinformation und Verlinkung zu Faktencheckern auf den Webseiten der BReg (insb. von BMI/BPA), wobei auch auf das Portal Germany4Ukraine verwiesen werden sollte, das als Informationsangebot für Geflüchtete dient → Artikel „Desinformation als hybride Bedrohung“ auf BMI-Webseite: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/topthemen/DE/topthema-desinformation/artikel-desinformation-hybride-bedrohung.html; Online-Angebot zum Thema „Desinformation“ wird derzeit seitens BMI erweitert. Aktivitäten des BPA s.u. o Im konkreten Einzelfall und nach Abwägung Debunking, also Richtigstellung von Falschinformationen, in der jeweiligen Ressortzuständigkeit → UAG RUS/UKR sorgt für enge Abstimmung beim Debunking in Einzelfällen. o Zurverfügungstellung faktenbasierter und transparenter Informationen durch die BReg, u.a. durch die BpB mit einer eigenen Themenseite → Aktivitäten u.a. der BpB s.u. o Bereitstellung eines FAQ zum RUS/UKR-Krieg, das innerhalb des Ressortkreises geteilt und Multiplikatoren an die Hand gegeben wird → FAQ „Desinformation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine“ wurde erstellt und an den gesamten Ressortkreis, MdB sowie Länder und Kommunen verteilt. Verteilung an Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft läuft. o Pressegespräche zum Thema → Spiegel-Hintergrundgespräch am 31.03.2022, weitere Pressegespräche sind geplant. Außerdem Namensartikel in Erarbeitung. Interviews von BMn Faeser u.a. im „Stern“ am 12.05.2022. Berichterstattung zur UAG RUS/UKR, die von BMn Faeser öffentlich als Task Force gegen Desinformation bezeichnet wurde, u.a. seitens „Tagesspiegel“ am 23.06.2022.

1



	○ Outreach in den parlamentarischen Raum, z.B. mit einem „Liebe Freunde“-Brief und der Bereitstellung von Informationen für MdB und MdL → „Liebe Freunde“-Brief wurde am 15.06.2022 an alle Mitglieder der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Deutschen Bundestag versendet. Als Anlagen wurden das FAQ und ein Handout des BPA zum Debunking von Desinformation beigefügt. ○ Adressierung spezifischer Zielgruppen, insbesondere RUS-sprachiger Bevölkerungsteile, auch in RUS Sprache → Konzept in Erarbeitung. ○ Intensivierung der Kontakte mit den Plattformbetreibern sozialer Netzwerke, um diese für staatlich gesteuerte Desinformation zu sensibilisieren und um bei Maßnahmen zeitnah informiert zu werden → Anlassbezogener Austausch mit Twitter, Meta und Google auf Arbeitsebene, u.a. zu Desinformation, aber auch zu Telekommunikations-/Telemedienrecht und strafbaren Internetinhalten. Zudem anlassbezogen Gespräche auf AL- oder (P)St-Ebene mit Google, Meta und Telegram. ○ Stärkung des Engagements im Bereich der politischen Bildung, auch unter Einbindung der Kultusministerien mit ihrer Verantwortung für die Curricula in den Schulen sowie unter Einbindung der Volkshochschulen und ehrenamtlicher Strukturen → Geplant. ○ Runder Tisch mit der Zivilgesellschaft, um über das Thema aufzuklären und weitere Maßnahmen zu entwerfen, ggf. durchgeführt von der BpB und unter Nutzung bereits vorhandener Strukturen wie der Bund-Länder-offenen Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen (BLoAG Hybrid). → Geplant. • Gemeinsame Sitzung der BLoAG Hybrid und der UAG RUS/UKR am 09.06.2022. Schwerpunkt der Besprechung war „Gemeinsamer Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie“, dessen Erarbeitung bei der IMK-Sitzung vom 01. bis 03.06.2022 beschlossen wurde. Arbeit am Aktionsplan hat begonnen.
BfV	• Das BfV bringt sich aktiv durch Detektion von Einflussoperationen und Desinformationsaktivitäten in das Maßnahmenkonzept der Bundesregierung und der Sicherheitsbehörden ein. • Dazu gehören eine umfassende Sammlung und Auswertung von Informationen sowie eine breite Berichterstattung. • Zur öffentlichen Unterrichtung zählen auch die u.a. auf der Webseite verfassungsschutz.de seit dem Frühjahr 2022 verbreiteten Sicherheitshinweise sowie Veranstaltungen wie im ersten Halbjahr 2022 die 15. BfV-/ASW-Sicherheitstagung und das 18. BfV-Symposium. • Anlassbezogen sensibilisiert das BfV betroffene Bereiche.
BpB	• Bislang umgesetzt: verschiedene Online-Publikationen (u.a. Themenseite „Krieg in der Ukraine“, verschiedene Berichte auf eurotopics.net, diverse Artikel auf fluter.de, Postings in diversen Social-Media-Plattformen, Podcast-Format „Netz aus Lügen“)

2

Auswärtiges Amt, Bundespresseamt und BKM als weitere Hauptakteure staatlicher Propaganda- und Zensurbemühungen

Neben dem Innenministerium tritt das Auswärtige Amt (AA) in dem Dokument als Protagonist im postulierten „Kampf gegen (russische) Desinformation“ auf. Dabei fällt auf, dass bei dem gesamten Maßnahmenkatalog des AA ausschließlich von „russischer Desinformation“ die Rede ist und nachdrücklich der Eindruck erweckt wird, es käme „Desinformation“ und Narrativpflege weltweit nur aus einem einzigen Land.

So heißt es in dem Dokument zu „Maßnahmen im Rahmen des Kommunikationskonzeptes RUS/UKR“ des AA:

- „Beobachtung und Analyse aktueller russischer Narrative und Desinformation
- Erstellung eines „living documents“, das „klassische und aktuelle russische Narrative zum Ukraine-Krieg dekonstruiert/entkräftet“
- Förderung von Projekten zum Ausbau der Resilienz gegenüber (v.a. russischer)

> Desinformation (…).“

Laut dem vorliegenden Dokument vernetzt sich das AA in Fragen der Desinformation vor allem („intensiv und bilateral“) mit Vertretern der USA. Explizit genannt werden in diesem Zusammenhang das International Partnership to Counter State-Sponsored Disinformation (IPCSD) sowie die Counter Foreign Interference Group (CFI).

Aufschlussreich ist auch der letzte in dem Dokument aufgeführte Punkt hinsichtlich der Aktivitäten des AA. Dort ist von „(…) Förderung der von Deutsche Welle und DW Akademie eingebrachten Projektvorschläge zum Ausbau der Berichterstattung für UKR/RUS sowie Stärkung der Medienkompetenz (…)“ die Rede. Wir halten fest, das Auswärtige Amt, ein Bundesministerium unter Führung der Grünen-Spitzenpolitikerin Annalena Baerbock, plant die Förderung von Projekten des deutschen Auslandssenders Deutsche Welle. Wie sich das mit dem Deutsche-Welle-Gesetz (DWG) verträgt, welches zur Ermöglichung „einer unabhängigen Meinungsbildung“ verpflichtet, wäre nur eine von mehreren Fragen angesichts dieser im Dokument aufgedeckten Planungen des AA.

Das Bundespresseamt (BPA) leitet zusammen mit dem AA die sogenannte „EG Desinformation“ (auf telefonische Nachfrage der NDS am 27.9., wofür in diesem Zusammenhang EG steht, konnte die verantwortliche Chefin vom Dienst beim BPA keine Auskunft geben). Das BPA ist laut dem Dokument verantwortlich für die „regierungsinterne Sensibilisierung für das Thema und den Umgang mit Desinformation“. Darüber hinaus bietet es ein „ressortübergreifendes Schulungsangebot“ zu Desinformation an. Pikant hierbei: Die Schulungen macht nicht das BPA selbst, sondern private Drittanbieter wie das „Institute for Strategic Dialogue“ (ISD) und der „Business Council for Democracy“ der Hertie-Stiftung.

Das ISD, mit explizit transatlantischer Ausrichtung und Hauptsitz in London, hat im Vorstand so illustre Personen sitzen wie Karl-Theodor zu Guttenberg, den Unternehmensberater Roland Berger und den Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer SE, Matthias Döpfner.

„Ressortübergreifende Schulungen“ zu Desinformation für Mitarbeiter der Bundesministerien werden also von einer transatlantischen Lobbyorganisation, in deren „Board“ aufgeflogene Plagiatoren und der Chef der – apropos Desinformation – regelmäßig Fakenews verbreitenden Springer-Presse sitzen, sowie der privaten Stiftung eines Kaufhaus-Magnaten durchgeführt. Viel besser kann sich der Outsourcing-Ansatz in Bundesbehörden wohl nicht ad absurdum führen.

Abschließend wird in dem Dokument aufgeführt, dass die Vize-Regierungssprecher regelmäßig im „bilateralen Austausch mit Google/YouTube, Twitter, Meta, Tiktok und LinkedIn“ stehen, um die „jeweiligen Strategien der Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation, insbesondere im Kontext des Krieges in der Ukraine“ zu besprechen.

Das heißt, laut dem Dokument haben sowohl das Innen- und Außenministerium als auch das Bundespresseamt jeweils regelmäßige bilaterale Treffen (auf Staatssekretär-Level) mit den großen Plattformbetreibern zu „russischer Desinformation“ im Kontext des Ukraine-Krieges. Den dadurch aufgebauten Konformitäts- und Zensurdruck kann man wohl als signifikant bewerten.

Ein weiterer bedeutender Akteur ist die direkt dem Kanzler unterstellte „Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien“ (BKM), Claudia Roth. Sie verfügt über ein Budget von über zwei Milliarden Euro, 400 Mitarbeiter und trägt die Verantwortung für die Medienpolitik der Bundesrepublik (und finanziert in diesem Rahmen unter anderem den deutschen Auslandssender Deutsche Welle).

In dem den NachDenkSeiten vorliegenden internen Dokument ist unter anderem vom „Aufbau einer russischen Exilredaktion in Riga“ sowie „wenn nötig, Aufbau einer Exilredaktion Ukrainisch in Krakau, Polen“ die Rede. Beim „EU-Medienministerrat“ scheint das BKM dem Papier zufolge eine zentrale und proaktive Rolle beim „Vorgehen gegen russische Propagandamedien“ zu spielen.

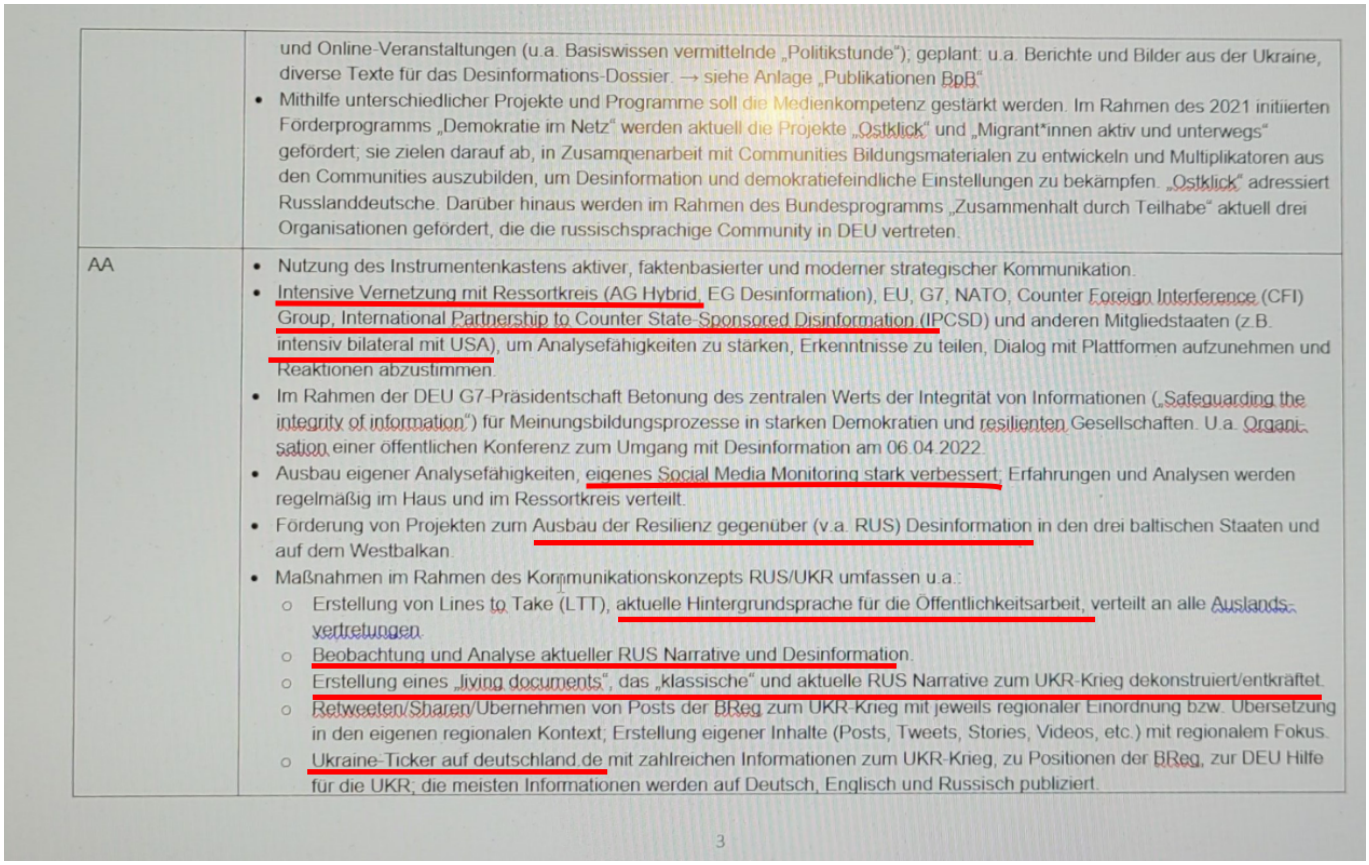
Ebenso vertritt das BKM eine Vorreiterrolle bei den Verhandlungen zum orwellisch klingenden „European Media Freedom Act“ und versucht dort, den Fokus auf „Desinformation“ zu legen.

Das BKM plant zudem laut dem Dokument ein neues Förderprogramm „mit Schwerpunkt Nachrichtenkompetenzförderung der Gesamtbevölkerung zur Bekämpfung von Desinformation.“

Ein weiteres Projekt, welches Fragen aufwirft, ist der nicht weiter konkretisierte Einsatz von Kinderreportern ab 6 Jahren gegen „Desinformation“. Im Dokument heißt es dazu unter anderem:

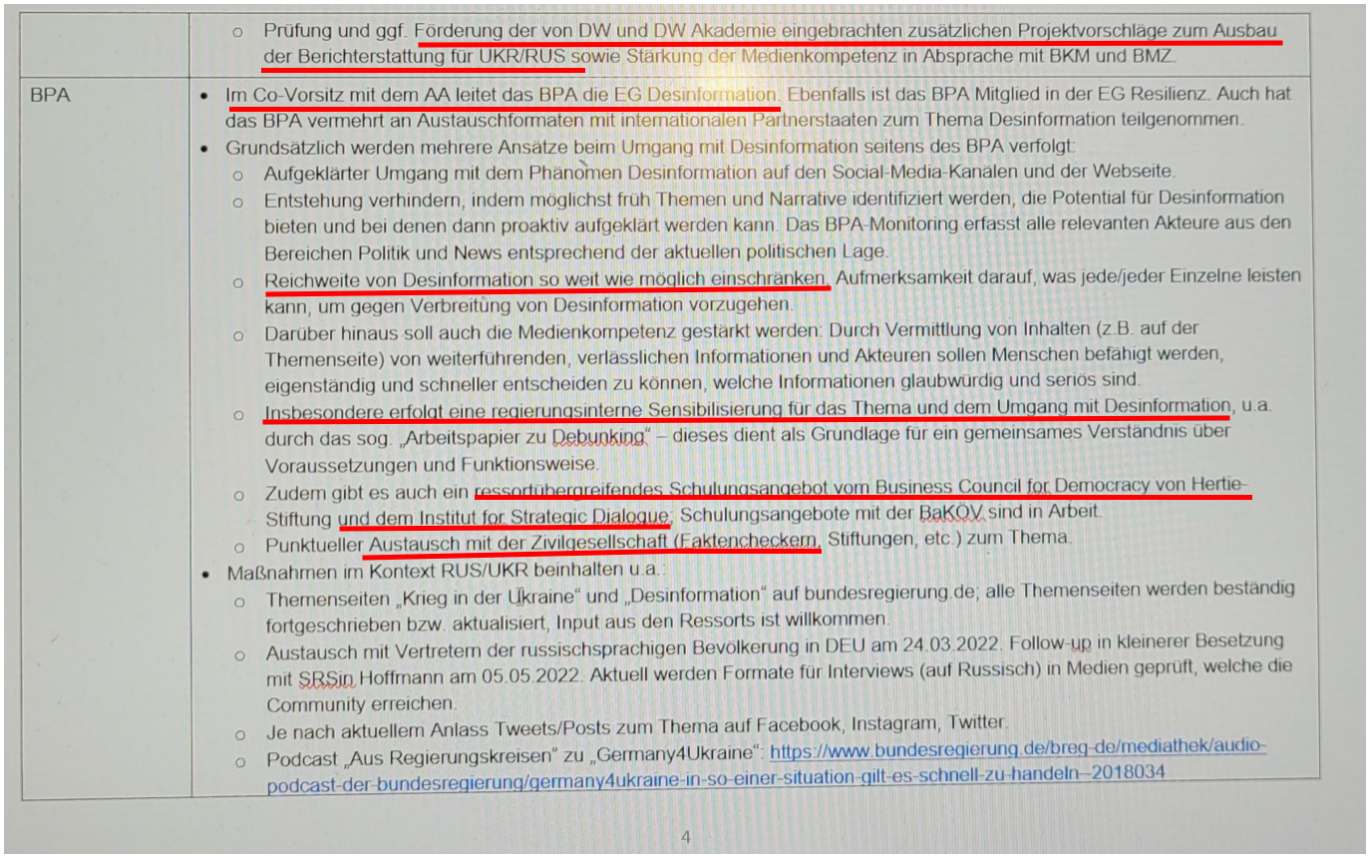
> „Kinderreporter – Stärkung Nachrichtenkompetenz und damit Resilienz gegenüber Desinformation 6-14-Jähriger durch aktive Medienarbeit.“

Abschließend wird auf das Projekt „Künstliche Intelligenz gegen Desinformation“ (KID) der Deutschen Welle verwiesen. Dabei sollen „KI-Module der „Digitalen Forensik“ zur Verbesserung der (teil)automatisierten Identifizierung von Manipulationen und konzertierter Desinformationskampagnen“ eingesetzt werden. Brave new world…



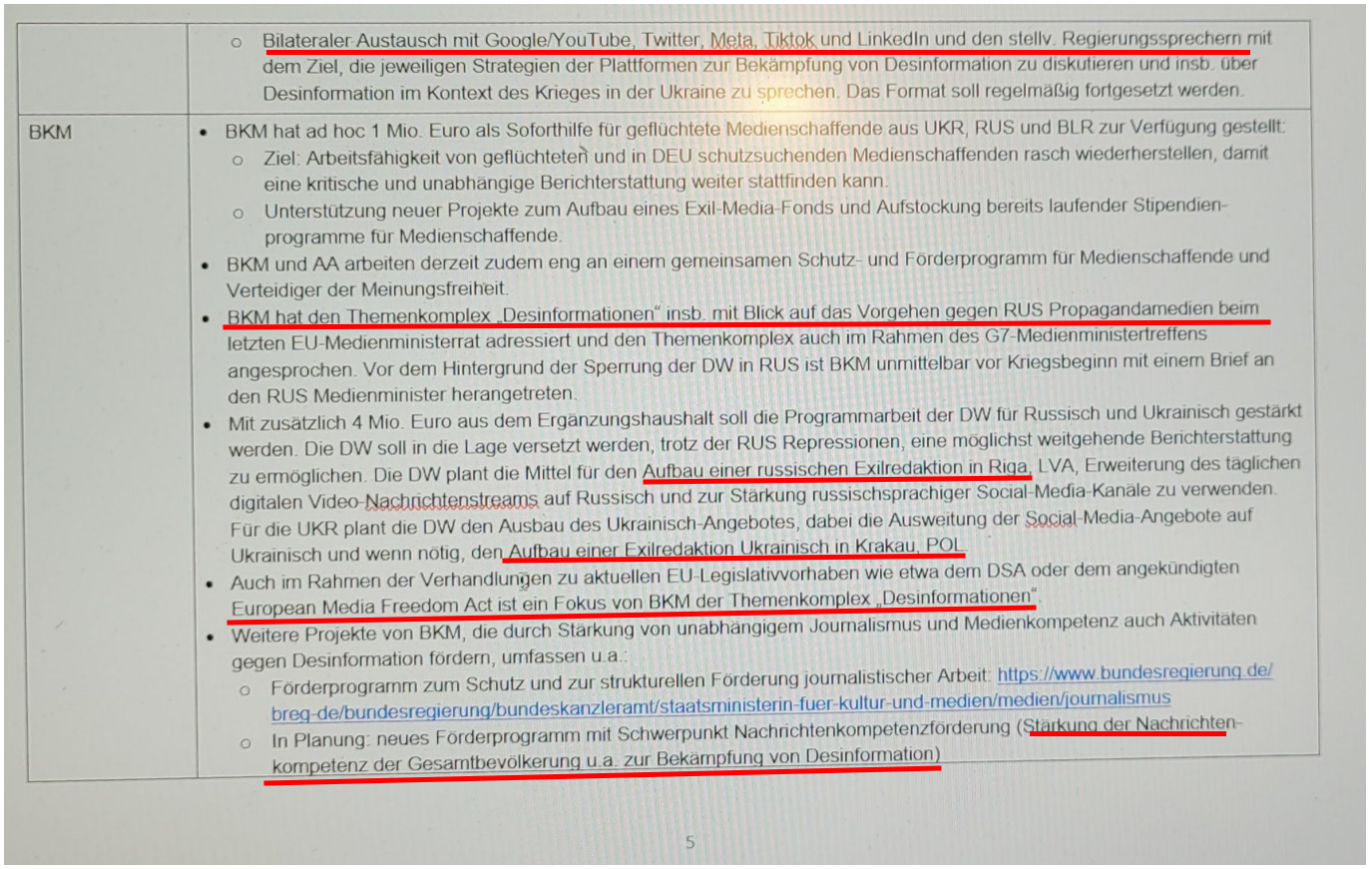
	und Online-Veranstaltungen (u.a. Basiswissen vermittelnde „Politikstunde“); geplant: u.a. Berichte und Bilder aus der Ukraine, diverse Texte für das Desinformations-Dossier. → siehe Anlage „Publikationen BpB“ • Mithilfe unterschiedlicher Projekte und Programme soll die Medienkompetenz gestärkt werden. Im Rahmen des 2021 initiierten Förderprogramms „Demokratie im Netz“ werden aktuell die Projekte „Ostklick“ und „Migrant*innen aktiv und unterwegs“ gefördert; sie zielen darauf ab, in Zusammenarbeit mit Communities Bildungsmaterialien zu entwickeln und Multiplikatoren aus den Communities auszubilden, um Desinformation und demokratiefeindliche Einstellungen zu bekämpfen. „Ostklick“ adressiert Russlanddeutsche. Darüber hinaus werden im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ aktuell drei Organisationen gefördert, die die russischsprachige Community in DEU vertreten.
AA	• Nutzung des Instrumentenkastens aktiver, faktenbasierter und moderner strategischer Kommunikation. • Intensive Vernetzung mit Ressortkreis (AG Hybrid, EG Desinformation), EU, G7, NATO, Counter Foreign Interference (CFI) Group, International Partnership to Counter State-Sponsored Disinformation (IPCSD) und anderen Mitgliedstaaten (z.B. intensiv bilateral mit USA), um Analysefähigkeiten zu stärken, Erkenntnisse zu teilen, Dialog mit Plattformen aufzunehmen und Reaktionen abzustimmen. • Im Rahmen der DEU G7-Präsidentschaft Betonung des zentralen Werts der Integrität von Informationen („Safeguarding the integrity of information“) für Meinungsbildungsprozesse in starken Demokratien und resilienten Gesellschaften. U.a. Organisation einer öffentlichen Konferenz zum Umgang mit Desinformation am 06.04.2022. • Ausbau eigener Analysefähigkeiten, eigenes Social Media Monitoring stark verbessert; Erfahrungen und Analysen werden regelmäßig im Haus und im Ressortkreis verteilt. • Förderung von Projekten zum Ausbau der Resilienz gegenüber (v.a. RUS) Desinformation in den drei baltischen Staaten und auf dem Westbalkan. • Maßnahmen im Rahmen des Kommunikationskonzepts RUS/UKR umfassen u.a.: ○ Erstellung von Lines to Take (LTT), aktuelle Hintergrundsprache für die Öffentlichkeitsarbeit, verteilt an alle Auslandsvertretungen. ○ Beobachtung und Analyse aktueller RUS Narrative und Desinformation. ○ Erstellung eines „living documents“, das „klassische“ und aktuelle RUS Narrative zum UKR-Krieg dekonstruiert/entkräftet. ○ Retweeten/Sharen/Übernehmen von Posts der BReg zum UKR-Krieg mit jeweils regionaler Einordnung bzw. Übersetzung in den eigenen regionalen Kontext; Erstellung eigener Inhalte (Posts, Tweets, Stories, Videos, etc.) mit regionalem Fokus. ○ Ukraine-Ticker auf deutschland.de mit zahlreichen Informationen zum UKR-Krieg, zu Positionen der BReg, zur DEU Hilfe für die UKR; die meisten Informationen werden auf Deutsch, Englisch und Russisch publiziert.

3



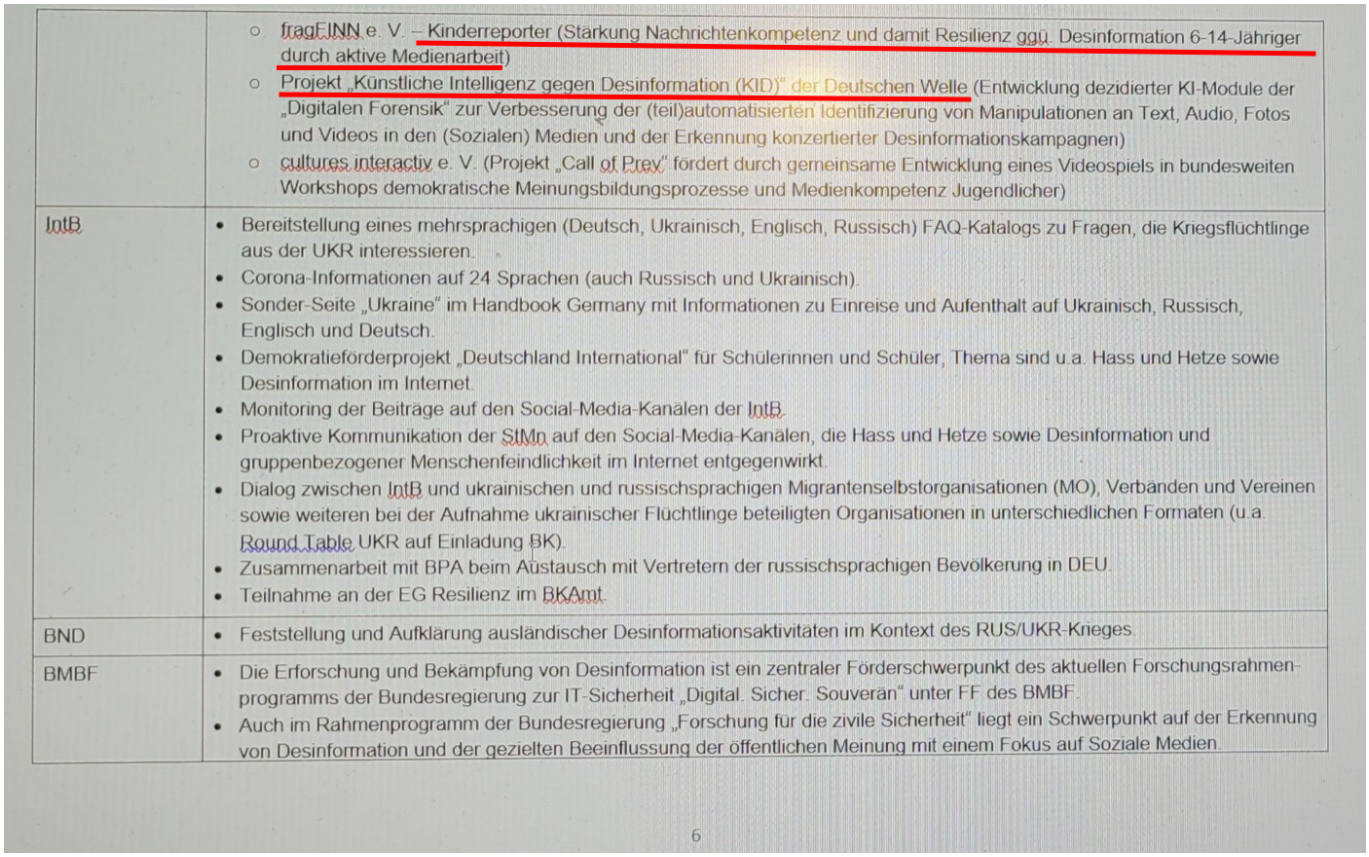
	○ Prüfung und ggf. Förderung der von DW und DW Akademie eingebrachten zusätzlichen Projektvorschläge zum Ausbau der Berichterstattung für UKR/RUS sowie Stärkung der Medienkompetenz in Absprache mit BKM und BMZ.
BPA	• Im Co-Vorsitz mit dem AA leitet das BPA die EG Desinformation. Ebenfalls ist das BPA Mitglied in der EG Resilienz. Auch hat das BPA vermehrt an Austauschformaten mit internationalen Partnerstaaten zum Thema Desinformation teilgenommen. • Grundsätzlich werden mehrere Ansätze beim Umgang mit Desinformation seitens des BPA verfolgt: ○ Aufgeklärter Umgang mit dem Phänomen Desinformation auf den Social-Media-Kanälen und der Webseite. ○ Entstehung verhindern, indem möglichst früh Themen und Narrative identifiziert werden, die Potential für Desinformation bieten und bei denen dann proaktiv aufgeklärt werden kann. Das BPA-Monitoring erfasst alle relevanten Akteure aus den Bereichen Politik und News entsprechend der aktuellen politischen Lage. ○ Reichweite von Desinformation so weit wie möglich einschränken. Aufmerksamkeit darauf, was jede/jeder Einzelne leisten kann, um gegen Verbreitung von Desinformation vorzugehen. ○ Darüber hinaus soll auch die Medienkompetenz gestärkt werden: Durch Vermittlung von Inhalten (z.B. auf der Themenseite) von weiterführenden, verlässlichen Informationen und Akteuren sollen Menschen befähigt werden, eigenständig und schneller entscheiden zu können, welche Informationen glaubwürdig und seriös sind. ○ Insbesondere erfolgt eine regierungsinterne Sensibilisierung für das Thema und dem Umgang mit Desinformation, u.a. durch das sog. „Arbeitspapier zu Debunking“ – dieses dient als Grundlage für ein gemeinsames Verständnis über Voraussetzungen und Funktionsweise. ○ Zudem gibt es auch ein ressortübergreifendes Schulungsangebot vom Business Council for Democracy von Hertie-Stiftung und dem Institut for Strategic Dialogue; Schulungsangebote mit der BaKÖV sind in Arbeit. ○ Punktueller Austausch mit der Zivilgesellschaft (Faktencheckern, Stiftungen, etc.) zum Thema. • Maßnahmen im Kontext RUS/UKR beinhalten u.a.: ○ Themenseiten „Krieg in der Ukraine“ und „Desinformation“ auf bundesregierung.de; alle Themenseiten werden beständig fortgeschrieben bzw. aktualisiert, Input aus den Ressorts ist willkommen. ○ Austausch mit Vertretern der russischsprachigen Bevölkerung in DEU am 24.03.2022. Follow-up in kleinerer Besetzung mit SRSin Hoffmann am 05.05.2022. Aktuell werden Formate für Interviews (auf Russisch) in Medien geprüft, welche die Community erreichen. ○ Je nach aktuellem Anlass Tweets/Posts zum Thema auf Facebook, Instagram, Twitter. ○ Podcast „Aus Regierungskreisen“ zu „Germany4Ukraine“: https://www.bundesregierung.de/breg-de/mediathek/audio-podcast-der-bundesregierung/germany4ukraine-in-so-einer-situation-gilt-es-schnell-zu-handeln--2018034

4



	○ Bilateraler Austausch mit Google/YouTube, Twitter, Meta, Tiktok und LinkedIn und den stellv. Regierungssprechern mit dem Ziel, die jeweiligen Strategien der Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation zu diskutieren und insb. über Desinformation im Kontext des Krieges in der Ukraine zu sprechen. Das Format soll regelmäßig fortgesetzt werden.
BKM	• BKM hat ad hoc 1 Mio. Euro als Soforthilfe für geflüchtete Medienschaffende aus UKR, RUS und BLR zur Verfügung gestellt: ○ Ziel: Arbeitsfähigkeit von geflüchteten und in DEU schutzsuchenden Medienschaffenden rasch wiederherstellen, damit eine kritische und unabhängige Berichterstattung weiter stattfinden kann. ○ Unterstützung neuer Projekte zum Aufbau eines Exil-Media-Fonds und Aufstockung bereits laufender Stipendien-programme für Medienschaffende. • BKM und AA arbeiten derzeit zudem eng an einem gemeinsamen Schutz- und Förderprogramm für Medienschaffende und Verteidiger der Meinungsfreiheit. • BKM hat den Themenkomplex „Desinformationen“ insb. mit Blick auf das Vorgehen gegen RUS Propagandamedien beim letzten EU-Medienministerrat adressiert und den Themenkomplex auch im Rahmen des G7-Medienministertreffens angesprochen. Vor dem Hintergrund der Sperrung der DW in RUS ist BKM unmittelbar vor Kriegsbeginn mit einem Brief an den RUS Medienminister herangetreten. • Mit zusätzlich 4 Mio. Euro aus dem Ergänzungshaushalt soll die Programmarbeit der DW für Russisch und Ukrainisch gestärkt werden. Die DW soll in die Lage versetzt werden, trotz der RUS Repressionen, eine möglichst weitgehende Berichterstattung zu ermöglichen. Die DW plant die Mittel für den Aufbau einer russischen Exilredaktion in Riga, LVA, Erweiterung des täglichen digitalen Video-Nachrichtenstreams auf Russisch und zur Stärkung russischsprachiger Social-Media-Kanäle zu verwenden. Für die UKR plant die DW den Ausbau des Ukrainisch-Angebotes, dabei die Ausweitung der Social-Media-Angebote auf Ukrainisch und wenn nötig, den Aufbau einer Exilredaktion Ukrainisch in Krakau, POL. • Auch im Rahmen der Verhandlungen zu aktuellen EU-Legislativvorhaben wie etwa dem DSA oder dem angekündigten European Media Freedom Act ist ein Fokus von BKM der Themenkomplex „Desinformationen“. • Weitere Projekte von BKM, die durch Stärkung von unabhängigem Journalismus und Medienkompetenz auch Aktivitäten gegen Desinformation fördern, umfassen u.a.: ○ Förderprogramm zum Schutz und zur strukturellen Förderung journalistischer Arbeit: https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/medien/journalismus ○ In Planung: neues Förderprogramm mit Schwerpunkt Nachrichtenkompetenzförderung (Stärkung der Nachrichten-kompetenz der Gesamtbevölkerung u.a. zur Bekämpfung von Desinformation)

5



	○ fragFINN e. V. – Kinderreporter (Stärkung Nachrichtenkompetenz und damit Resilienz ggü. Desinformation 6-14-Jähriger durch aktive Medienarbeit) ○ Projekt „Künstliche Intelligenz gegen Desinformation (KID)“ der Deutschen Welle (Entwicklung dezidierter KI-Module der „Digitalen Forensik“ zur Verbesserung der (teil)automatisierten Identifizierung von Manipulationen an Text, Audio, Fotos und Videos in den (Sozialen) Medien und der Erkennung konzertierter Desinformationskampagnen) ○ cultures interactiv e. V. (Projekt „Call of Prev“ fördert durch gemeinsame Entwicklung eines Videospiels in bundesweiten Workshops demokratische Meinungsbildungsprozesse und Medienkompetenz Jugendlicher)
IntB	• Bereitstellung eines mehrsprachigen (Deutsch, Ukrainisch, Englisch, Russisch) FAQ-Katalogs zu Fragen, die Kriegsflüchtlinge aus der UKR interessieren. • Corona-Informationen auf 24 Sprachen (auch Russisch und Ukrainisch). • Sonder-Seite „Ukraine“ im Handbook Germany mit Informationen zu Einreise und Aufenthalt auf Ukrainisch, Russisch, Englisch und Deutsch. • Demokratieförderprojekt „Deutschland International“ für Schülerinnen und Schüler, Thema sind u.a. Hass und Hetze sowie Desinformation im Internet. • Monitoring der Beiträge auf den Social-Media-Kanälen der IntB. • Proaktive Kommunikation der StMn auf den Social-Media-Kanälen, die Hass und Hetze sowie Desinformation und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Internet entgegenwirkt. • Dialog zwischen IntB und ukrainischen und russischsprachigen Migrantenselbstorganisationen (MO), Verbänden und Vereinen sowie weiteren bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge beteiligten Organisationen in unterschiedlichen Formaten (u.a. Round Table UKR auf Einladung BK). • Zusammenarbeit mit BPA beim Austausch mit Vertretern der russischsprachigen Bevölkerung in DEU. • Teilnahme an der EG Resilienz im BKAmt.
BND	• Feststellung und Aufklärung ausländischer Desinformationsaktivitäten im Kontext des RUS/UKR-Krieges.
BMBF	• Die Erforschung und Bekämpfung von Desinformation ist ein zentraler Förderschwerpunkt des aktuellen Forschungsrahmen-programms der Bundesregierung zur IT-Sicherheit „Digital. Sicher. Souverän“ unter FF des BMBF. • Auch im Rahmenprogramm der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit“ liegt ein Schwerpunkt auf der Erkennung von Desinformation und der gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit einem Fokus auf Soziale Medien.

6

(Kurze Anmerkung zur relativ schlechten Qualität der Screenshots. Der Whistleblower hat uns gebeten, um jede mögliche Rückverfolgung auszuschließen, nur Fotos von dem Dokument zu machen und diese dann als Screenshots bei den NachDenkSeiten zu veröffentlichen. Dieser Bitte sind wir selbstverständlich nachgekommen.)

Der Whistleblower hat uns gegenüber auch dargelegt, was ihn zu diesem Leak motiviert hat. Gegenüber den NachDenkSeiten erklärte er, dass er, als dieses Dokument auf seinem Arbeitsrechner eintraf, zutiefst erschrak. Für ihn sei dies „der konzertierte Versuch einer Narrativ-Gleichschaltung“. Weiter führte er aus:

> „In meinen Augen ist es ein Blick in den Abgrund der gebündelten Aktivitäten einer horizontalen (ressort-übergreifenden) und vertikalen Integration moderner Staatspropaganda. Von den Ministerien und ihren Partnerschaften mit transatlantischen Denkfabriken wie dem ISD bis hinab in die Presse, “Faktenchecker”, Social Media, “Multiplikatoren”, “kritische Zivilgesellschaft” und so weiter. Selbst vor der Einbindung von Schulen und Kindern im Grundschulalter machen Sie nicht halt.“

Des Weiteren führte er gegenüber den NachDenkSeiten aus, dass dieses Dokument nur „die Spitze des Eisberges“ sei und die aufgeführten Projekte nicht vollständig seien. Alles was in diesem Dokument aufgelistet ist, wäre für die Bundesregierung ein noch verschmerzbares Leak, da es nur die im Zweifel kommunizierbaren Maßnahmen umfasse. Die deutsche Öffentlichkeit hätte keine Vorstellung davon, was sonst noch im Hintergrund dazu ablaufe.

Abschließend noch etwas zum mutmaßlichen Verfasser dieses internen Dokumentes. Laut den Meta-Daten des Original-Word-Dokuments wurde diese Auflistung der Bundesregierung von einer Person erstellt, deren Namen wir aus Rücksicht auf ihr Privatleben nicht nennen wollen, deren Vita aber interessante Einblicke vermittelt, wer solche „ressortübergreifenden“ Papiere zu dieser Thematik aufsetzt. Man findet über die Person fast nichts online, aber das Wenige, was man findet, spricht für sich. Bei LinkedIn findet man einem Beitrag, in welchem dem Verfasser des Dokuments „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“, von der BwConsulting (BwConsulting ist das Inhouse-Beratungsunternehmen des Bundesministeriums der Verteidigung) für die Zusammenarbeit gedankt wird, zudem ist die Person Autor eines Fachbuchs über das Management von Militäroperationen der NATO und EU.

Titelbild: shutterstock / KomootP

Mehr zum Thema:

Bundeswirtschaftsministerium unter Habeck: Vetternwirtschaft, Klima der Angst und Einsatz des Inlandsgeheimdienstes bei „abweichenden Einschätzungen“

Exklusiv: Endverbleibserklärung für deutsche Waffen in der Ukraine ermöglicht Einsatz gegen Ziele in Russland